## § 8 Gebühren für Umlegungen und vereinfachte Umlegungen

- (1) <sup>1</sup>Die Gebühr für Umlegungen nach den §§ 45 ff. BauGB bemisst sich nach der Anzahl der Zuteilungsflurstücke, bei Übertragung der Befugnis zur Durchführung auf die zuständige untere Vermessungsbehörde zusätzlich nach der Anzahl der Ordnungsnummern zum Zeitpunkt des Umlegungsbeschlusses. <sup>2</sup>Die Gebühr beträgt
- 1. für die vermessungs- und katastertechnische Behandlung

a)	für das 1. Flurstück	1 300 €,
b)	für das 2. bis 10. Flurstück	je 435 €,
c)	für das 11. bis 30. Flurstück	je 380 €,
d)	für alle weiteren Flurstücke	je 330 €,

2. zusätzlich für den Aufwand auf Grund der Übertragung des Verfahrens

a)	für die ersten drei Ordnungsnummern	2 100 €,
b)	für die 4. bis 10. Ordnungsnummer	je 690 €.
c)	für die 11. bis 30. Ordnungsnummer	je 550 €.
d)	für alle weiteren Ordnungsnummern	je 500 €.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Sofern bei nicht übertragenen Umlegungen die Umlegungsstelle zur Übernahme in das Liegenschaftskataster geeignete digitale Daten vorlegt, werden die Gebühren nach Satz 2 Nr. 1 um 20 % ermäßigt.

- (2) <sup>1</sup>Die Gebühr für vereinfachte Umlegungen nach den §§ 80 ff. BauGB bemisst sich für die vermessungsund katastertechnische Behandlung nach § 3. <sup>2</sup>Die Gebühr für den Aufwand auf Grund der Übertragung des Verfahrens bemisst sich nach §§ 2 und 4.
- (3) Die Gebühr für Änderungen des Umlegungsplans nach § 73 BauGB beträgt 10 % der Gebühr nach Abs. 1.
- (4) <sup>1</sup>Gebühren für die Feststellung der Umfangsgrenzen in einem Planungsgebiet werden in der Höhe angerechnet, in der sie angefallen sind, wenn die Anordnung eines Umlegungsverfahrens nach § 46 Abs. 1 BauGB innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss der vorangehenden Leistung erfolgt ist. <sup>2</sup>Angerechnet werden nur die Gebühren für Punkte, die sowohl auf der festgestellten Umfangsgrenze des Planungsgebiets, als auch auf der Umfangsgrenze des Umlegungsgebiets liegen.